

9. Januar 2018



Medienkonferenz der SP Bezirk Winterthur und der Grünen Winterthur **Stadtratswahlen 2018**

Es sprechen:

Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Winterthur

Nicolas Galladé, Stadtrat und Sozialvorsteher

Yvonne Beutler, Stadträtin und Finanzvorsteherin

Jürg Altwegg, Stadtrat und Vorsteher Schul- und Sportdepartement

Christa Meier, Kandidatin Stadtrat und Stadtpräsidium

Reto Diener, Co-Präsident Grüne Winterthur



Erwarten Sie mehr? Wählen Sie. – Gemeinsame Kampagne der SP und Grünen Winterthur

Mattea Meyer (es gilt das gesprochene Wort)

Die vergangenen Jahre unter bürgerlicher Stadtratsmehrheit sind eine Zeit der verpassten Chancen für Winterthur. Die SP erwartet mehr vom Stadtrat der sechstgrössten Stadt der Schweiz. Sie erwartet Mut, Herausforderungen anzupacken. Sie erwartet, dass er sich der Gesamtbevölkerung verpflichtet fühlt und nicht Einzelinteressen. Und sie erwartet vom Stadtrat, Winterthur gemeinsam mit den hier lebenden Menschen gestalten und nicht nur planlos verwalten zu wollen.

SP und Grüne bieten in der gemeinsamen Kampagne „Erwarten Sie mehr? Wählen Sie.“ eine Alternative zur bürgerlichen Stadtratsmehrheit. Mit Yvonne Beutler, Nicolas Galladé, Jürg Altwegg und Christa Meier (auch als Stadtpräsidentin) stellen die beiden Parteien vier Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat und das Stadtpräsidium zur Wahl, die diese Erwartungen in die Tat umsetzen möchten.

Zum Beispiel die Erwartung der Bevölkerung, zu wissen, welche Interessen die Stadträte vertreten und wem gegenüber sie sich verpflichtet fühlen. Für alle vier Kandidierenden gilt: Sie sind unabhängig. Das ermöglicht ihnen eine Politik, die sich den Interessen der hier lebenden Menschen verbunden fühlt und nicht eine Klientel bevorzugt. Weder die SP oder die Grünen noch die jeweiligen Kandidierenden erhalten Firmenspenden oder Spenden von Verbänden, denen sie Gefallen schuldig sind.

Für den Stadrats- und Stadtpräsidiumswahlkampf planen die SP und die Grünen 160'000 Franken auszugeben. Das Budget der SP für die Stadrats- und Stadtpräsidiumswahlen beträgt rund 110'000 Franken. Bei der SP beteiligen sich die Kandidierenden zu rund 20% an den Kosten; rund 50% fließt aus der Parteikasse und rund 30% sind Spenden von Einzelpersonen, jedoch keine Spenden von Firmen oder Verbänden. Das Budget der Grünen für den Stadratswahlkampf beträgt 49'000 Franken. Der Kandidat trägt 20% an die Kosten bei, 5% werden durch Spenden von Einzelpersonen eingenommen und 75% fließen aus der Parteikasse, die sich mit Mitgliederbeiträge speist.

Weitere Infos unter: www.wählen-sie.ch



Mit Mut und Hoffnung künftige Herausforderungen anpacken

Nicolas Galladé (es gilt das gesprochene Wort)

„Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht“. (Vaclav Havel, tschechischer Politiker, Dichter und Philosoph)

Als Sozialvorsteher setze ich mich dafür ein, dass alle einen festen Platz haben. Auch Armutsbetroffene, Flüchtlinge, Jugendliche und ältere Menschen. Dabei ist es wie allgemein im Leben: Nicht immer läuft alles nach Wunsch. Rückschläge gehören dazu. Und manchmal gibt es auch Niederlagen. Aber wir haben doch einiges erreicht und arbeiten Schritt für Schritt für ein weltoffenes, vielfältiges, ökologisches, sozial gerechtes und fortschrittliches Winterthur.

Ein Blick auf unsere Smartvote-Profile zeigt, wofür wir stehen. Bei „*Ausgebauter Umweltschutz*“, „*Offene Aussenpolitik*“, „*Liberale Gesellschaft*“ und „*Ausgebauter Sozialstaat*“ lande ich im äussersten Ring (75 - 100), bei den anderen Themenfeldern bin ich klar unter 50, bei „*Restriktive Migrationspolitik*“ tendiere ich gegen Null. Der Smartvote-Spider ist das eine. Interessanter ist jedoch der reale Test: Wie geht man in Schlechtwettersituationen oder mit ganz neuen Herausforderungen um? Ich kann Ihnen versichern: Davon hatte ich in den vergangenen vier Jahren nicht wenige erlebt.

Als ein Teenager-Geschwisterpaar Ende 2014 nach Syrien in den Jihad reiste, war Winterthur schweizweit im Fokus. Es war keine einfache Zeit. Das interdisziplinäre Thema wurde 2016 mit der Schaffung der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention dem Departement Soziales zugewiesen. Die Vernetzungsarbeit, die Kommunikation und die offene, differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema zeigten Wirkung: Das Winterthurer Präventionsmodell wurde von Fachleuten exemplarisch und beispielhaft genannt. Als die Tagesschau Anfang Dezember 2017 über den Nationalen Aktionsplan berichtete, nahm unsere Fachstelle viel Platz ein – und der Kommentar lautete, dass mit dem nationalen Aktionsplan nun die Winterthurer Standards schweizweit umgesetzt werden. Das machte mich stolz. Gleichzeitig weiss ich auch, dass das alles auch wieder schlagartig ins Gegenteil kehren kann. Trotzdem: Wir haben sicherlich nicht alles falsch gemacht. Und in den letzten anderthalb Jahren sogar sehr vieles richtig.

Wie schnell eine Stimmung kippen kann, habe ich beim „Fall Flaach“ erlebt – dem tragischen Tötungsdelikt, bei dem die mir administrativ unterstellte KESB Winterthur Andelfingen unter massiven Beschuss geriet. Politisch, medial, öffentlich. Ich bin in dieser Situation gegen eine Vorverurteilung und für Grundsätze unseres Rechtsstaates eingestanden – bei starkem Gegenwind. Es war damals nicht absehbar, ob die öffentliche Stimmung kippt, wie die Sache ausgeht. Das war für mich aber in diesem Fall – und auch ganz allgemein – nicht entscheidend. Handlungsleitend ist für mich ein Zitat von Vaclav Havel: *„Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht“.*

Dies trifft auch beim Flüchtlingsthema zu. 2015 mussten wir innert kürzester Zeit 200 Asylsuchende unterbringen. Mit vereinten Kräften und etwas Kreativität – in der Kirche Rosenberg oder im Busdepot Deutweg – schafften wir dies. Unter der Führung des Departement Soziales, mit diversen Verwaltungseinheiten und viel Engagement von Privaten, Kirchgemeinden und der Zivilbevölkerung. Es



entstanden Begleitgruppen in den Quartieren, Freizeit-, Bildungs- und Beschäftigungsangebote wurden aufgebaut. Und wir erhielten dafür den «Swiss Award Corporate Communications 2016», den einzigen Schweizer Preis für Unternehmenskommunikation. Ich habe in meinen bald acht Jahren als Stadtrat kaum etwas erlebt, das in unserer Stadtverwaltung, ja in ganz Winterthur, mehr bewegt, mehr Sinn gestiftet hat. Und ich bin dankbar, dazu mit vielen anderen einen Beitrag geleistet haben zu dürfen.

Es gäbe noch viel zu sagen: Wie wir in schwierigen Finanzzeiten soziale Angebote erhalten und sogar ausbauen konnten. Wie wir bei den Alterszentren wieder Standortleitungen eingeführt haben. Über Rückschläge. Über personelle Abgänge. Über Erfolge und Misserfolge. Wie gesagt: Es läuft nicht immer alles nach Wunsch. Aber im Grossen und Ganzen sind wir gut unterwegs. Und ich habe noch einiges vor – gerne auch in den nächsten vier Jahren.



Verantwortungsvolle Finanzpolitik dank Unabhängigkeit

Yvonne Beutler (es gilt das gesprochene Wort)

Die SP steht ein für eine nachhaltige Finanzpolitik. Dies bedeutet für uns, dass Leistungen finanziert werden müssen und dass man sich nur das leistet, wofür man bereit ist zu bezahlen. Den heutigen Konsum durch Schulden zulasten künftiger Generationen zu finanzieren, erachten wir als unverantwortlich. Zudem setzen wir uns für ein gerechtes Steuersystem ein, welches nicht weiter einseitig Firmen auf dem Buckel von Familien und Einzelpersonen bevorzugt.

Als Finanzvorsteherin dreht sich bei mir nicht alles, aber sehr vieles ums Geld. Geld bedeutet für mich vor allem eines: Verantwortung. Verantwortung dafür, dass die Stadtfinanzen im Lot sind, aber auch Verantwortung dafür, wie wir unsere Einnahmen verwenden. Dadurch setzen wir Schwerpunkte und entscheiden, wie wir unser Zusammenleben gestalten. Die wichtigste Voraussetzung, um diese Verantwortung wahrnehmen zu können, ist für mich Unabhängigkeit.

Die vergangenen fünf Jahre als Finanzvorsteherin waren äusserst intensiv: Der Stadtrat hat unter meiner Leitung mit "effort 14+" und "Balance" die zwei grössten Sparprogramme der letzten Jahrzehnte geschnürt. Nach diesen herausfordernden, anstrengenden und kämpferischen Jahren kann ich sagen: Es ist uns gelungen, die Kernverwaltung erfolgreich zu sanieren. Dort, wo wir eigene Entscheidungskompetenz haben, sind die Finanzen wieder unter Kontrolle. Auf diesen Erfolg bin ich stolz.

Auch wenn ich überzeugt bin, dass es wichtig ist, sich immer wieder zu fragen, "Tun wir das Richtige?" und "Tun wir das Richtige richtig?", so darf das Sparen nicht zur Identität einer Stadt werden: Wer immer nur auf das Preisschild starrt, dem fehlt der Weitblick. Gerade bei knappen Finanzen muss darauf geachtet werden, dass Aufwand und Steuerfuss in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Alles andere schadet unserem Standort, denn niemand möchte in einer „Steuerhölle“ oder einer „ausgepressten Zitrone“ leben.

In der kommenden Legislatur werden wichtige Weichen für die Finanzen der Stadt gestellt: Gelingt es uns, einen fairen Soziallastenausgleich zu erwirken? Können wir weitere Steuergeschenke für Firmen wie beispielsweise bei den Grundstückgewinnsteuern verhindern? Erreichen wir im Parlament eine Mehrheit, welche nicht nur von nachhaltigen Finanzen spricht, sondern auch entsprechend handelt? Von Januar bis November zu bestellen und im Dezember die Kreditkarte zu zücken, entspricht nicht unseren Vorstellungen einer nachhaltigen Finanzpolitik. Von uns dürfen Sie deshalb auch künftig mehr Verantwortung erwarten.

Ich habe eingangs gesagt, dass Unabhängigkeit die wichtigste Voraussetzung für mein Handeln ist. Darauf möchte ich zurückkommen: Ich habe ein Talent, mir nicht nur Freunde zu schaffen. Das liegt daran, dass ich den Dingen auf den Grund gehe, kritisch hinterfrage und den Mut habe, wenn nötig meine Meinung auch klar und deutlich zu äussern. Weshalb mache ich das? Weil es mir wichtig ist, die Stadt mitzuprägen, mir eine eigene Meinung zu bilden und die Zukunft nicht einfach nur geschehen zu lassen. Warum kann ich das? Weil ich unabhängig bin. Unabhängigkeit ermöglicht mir, die Interessen aller zu vertreten. Unabhängigkeit kann aber nur bestehen, wenn man niemandem einen Gefallen schuldet. SP und Grüne finanzieren deshalb ihren Wahlkampf selber und machen ihre Budgets transparent. Dies ist die



Grundlage, damit wir mit unserer Politik nur der Bevölkerung gegenüber verpflichtet sind und keine Klientelpolitik für einzelne Geldgeber betreiben müssen, damit diese ihren „return on invest“ erhalten. Eine Selbstverständlichkeit, würde man meinen. Nun – die Smartvote-Frage, ob die Finanzierung von Wahlkämpfen offengelegt werden soll, zeigt das Gegenteil: kein einziges Mitglied der bürgerlichen Regierungsmehrheit hat diese Frage mit „Ja“ beantwortet. Von uns dürfen Sie deshalb auch weiterhin mehr Unabhängigkeit erwarten.



Mehr grüne Wärme – im Stadtrat und in der Schule

Jürg Altwegg (es gilt das gesprochene Wort)

Die Winterthurer Bevölkerung hat mit klarem Mehr die Energieziele für das Jahr 2050 befürwortet. Mindestens eine ökologische Stimme im Stadtrat ist darum von grosser Wichtigkeit. Als Grüner habe ich die nachhaltige Energienutzung im Fokus. Natürlich muss die Umsetzung mit Augenmass und mit Sinn fürs Machbare gestaltet sein. Als pragmatischem Grünen sind mir starre Denkmuster fremd. Immer wieder versuche ich mit meinem Team um die Ecke und über den Tellerrand hinaus Lösungen zu finden.

Neben dem Stadtrat als Gremium spielt das Team in der Verwaltung eine enorm wichtige Rolle für mich. Hier sind gegenseitiges Vertrauen und enges Zusammenarbeiten die Schlüssel zum Erfolg. Nur gemeinsam können die anstehenden Herausforderungen in den Bereichen Schule und Sport angepackt und gemeistert werden.

Im Departement Schule und Sport steht zum Beispiel der Bau neuer Schulhäuser an. Teilweise werden wir uns auch mit Minergie-zertifizierten Pavillons behelfen, um schnell mehr Schulzimmer bereitstellen zu können. Das Instrument der langfristigen Schulraumplanung hilft uns, möglichst frühzeitig erhöhten Bedarf zu lokalisieren und die Planung neuer Schulanlagen in Angriff zu nehmen.

Im Bereich der Sonderschulung und bei der anstehenden Behördenreorganisation gibt es noch viel zu tun – das packen wir zurzeit an. Zusammen mit der Zentralschulpflege und der ZHAW arbeiten wir an neuen Lösungen für die Stärkung der Integrationskraft der Regelschule (Sirma).

Winterthur zum umfassenden «Sportplaneten» zu transformieren ist das erklärte Ziel des Sportamts unter meiner Führung. Auf spielerische Weise sollen möglichst viele Winterthurerinnen und Winterthurer motiviert werden, sich mehr zu bewegen. Das Angebot ist ausgesprochen vielfältig, wie das frisch lancierte «Quartett» aufzeigt. Dass die gedeckte Wassersportfläche zu knapp bemessen ist, haben wir erkannt und arbeiten an kurz- wie langfristigen Lösungen.

Das Sportamt wird aber auch die Zusammenarbeit mit Vereinen und Anbietern wie der Kletterhalle oder dem Skillspark vertiefen und weiterentwickeln. Diese sind wichtige Gefässe für die Integration und das Zusammenleben in unserer Stadt.

Mittelfristig arbeite ich als Schulvorsteher zusammen mit der Zentralschulpflege an Konzepten für die Einführung von Tagesschulangeboten in der ganzen Stadt. Ein spezielles Augenmerk liegt bei mir naheliegenderweise auf ökologischen Entwicklungen in allen Bereichen und Departementen. «Smart City» ist in aller Munde, als IT-affiner Mensch ist mir die konkrete Umsetzung dieser Worthülse ein wichtiges Anliegen. Dies kann unter anderem damit geschehen, dass wir High-Tech-Betrieben eine Ansiedlung schmackhaft machen und eine zeitgemässe Infrastruktur bereitstellen.



Die Zukunft von Winterthur nicht dem Zufall überlassen

Christa Meier (es gilt das gesprochene Wort)

Winterthur hat eine Regierung verdient, die mit Einsatzbereitschaft und Gestaltungswillen die Herausforderungen angeht, die in den kommenden Jahren auf uns zukommen. Sei es in der Stadtentwicklung, in der Energie- und Verkehrspolitik, beim Einsatz für ein aktives Quartierleben oder für ein vielseitiges, lebendiges Kulturangebot: Wir können Winterthur gemeinsam zu der Stadt machen, die wir uns wünschen: Eine selbstbewusste, zukunftsgerichtete Stadt mit hoher Lebensqualität und Raum für Innovation.

Als langjährige Gemeinderätin und derzeitige Präsidentin der gemeinderätlichen Kommission für Bau und Betriebe (BBK) weiss ich, wie wichtig eine aktive Stadtentwicklung ist, welche die Bedürfnisse der Menschen, die in Winterthur leben und arbeiten, ins Zentrum stellt. Es mangelt nicht an Luxuswohnungen und Parkplätzen, die leer stehen. Sondern an bezahlbaren Wohnungen und Gewerberäumen sowie einer vorausschauenden Verkehrsplanung.

Ich bin überzeugt: Wo immer es möglich ist, Einfluss zu nehmen, soll der Stadtrat dies auch tun. Seien es Planungsgebiete wie das Rieterareal in Töss, oder das freiwerdende Obertor-Areal: Es ist Aufgabe der Regierung, unter Leitung des Präsidiums Entwicklungsstrategien zu entwerfen und die nötigen Prozesse unter Einbezug der Bevölkerung aufzugleisen. Ich möchte im Stadtrat und als Stadtpräsidentin Verantwortung dafür übernehmen, dass mit einer langfristigen Planung die Entwicklung von Winterthur nicht einfach dem Zufall überlassen wird. So können neben günstigen Mieten auch die nötigen Voraussetzungen gelegt werden, um innovative Arbeitsplätze zu schaffen. Von zukünftigen Planungsgewinnen soll die Bevölkerung profitieren. Gerade solange die gesetzlichen Grundlagen dafür noch nicht bereitstehen, braucht es geschicktes Verhandeln mit Grundbesitzern und Investorinnen, um zum Beispiel einen Mehrwert durch Umzonung der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen. Beim Werk 1 habe ich als Gemeinderätin tatkräftig mitgearbeitet, dass eine Lösung gefunden werden konnte, die punkto Energiebilanz, Durchmischung und Lebensqualität überzeugt. Diese Erfahrung möchte ich bei zukünftigen Projekten einsetzen.

Je grösser eine Stadt ist, umso wichtiger ist es, die Quartiere mit Kulturräumen und Treffpunkten zu beleben. Nur wenn die Stadt in den Quartieren präsent ist, können die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung wahrgenommen werden. Dazu braucht es einen ernst gemeinten Dialog auf Augenhöhe zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung. Und nicht die aktuelle Hinhalte-Politik des bürgerlichen Stadtrats bei Anliegen aus den Quartieren. Wie wichtig ein solcher Dialog ist, wurde mir nicht nur bei meinem erfolgreichen Engagement für eine verkehrsberuhigte Bachtelstrasse zu Anfangszeiten meines politischen Engagements bewusst. Sondern auch aktuell im Rahmen meiner Aktivitäten als Töss-Bewohnerin für die Tösslobby. Im Stadtrat möchte ich auf eine erfolgreiche, wertschätzende und vertrauensbildende Zusammenarbeit mit den Quartieren setzen, wie ich sie erlebt habe.

Freiwilliges Engagement prägt auch das kulturelle Schaffen in unserer Stadt. Seit jeher ist Winterthur als Kulturstadt mit einer Ausstrahlung weit über die Region hinaus bekannt. Um das zu bleiben, müssen wir dafür sorgen, dass der bunte Mix im kulturellen Angebot bestehen bleibt. Als beispielsweise ruchbar wurde, dass der Stadtpräsident und die Standortförderung Studien für einen Abbruch des Theaters vorantrieben, um das Gelände neu mit einem Kongresszentrum und angegliedertem Theatersaal zu



überbauen, war für mich klar, mich dafür einzusetzen, dass das Theater erhalten bleibt. Aufgrund der verbreiteten Empörung wurde schliesslich von den Abbruchplänen Abstand genommen. Zwar war die Aufregung umsonst, doch die Unsicherheit war gestreut und klingt bis heute nach. Doch gerade im Bereich der Kultur ist Verlässlichkeit zentral. Der grossen Vielfalt im Winterthurer Kulturleben müssen wir Sorge tragen, indem wir Bedingungen schaffen, welche kulturelles Schaffen möglich machen und fördern. Die Stadt muss für die Kulturschaffenden in Winterthur ein verlässlicher Partner sein, insbesondere, wenn es darum geht, im Rahmen von Subventionsverträgen und Leitbildern einen rechtlichen Rahmen zu setzen.

Verlässlichkeit und Wertschätzung braucht es auch gegenüber dem städtischen Personal, das in den letzten Jahren einen enormen Beitrag an die Sparprogramme geleistet hat. Durch die Sanierung der Pensionskasse, die ausgebliebenen Lohnmassnahmen, den Personalabbau und den damit verbundenen Mehraufwand hat die Stadt als Arbeitgeberin an Attraktivität eingebüsst. Gerade im Hinblick auf weitere Schritte zur Pensionskassen-Sanierung ist es wichtig, dass die Stadt Winterthur sich ihrer Verantwortung als Arbeitgeberin bewusst ist und dass sich der Stadtrat mit allen Mitteln dafür einsetzt, dass das Personal nicht übermässig belastet wird.

Nach einer einschneidenden Umbruchphase, die Winterthur zu einer vielseitigen Bildungs- Kultur-, Arbeits- und Wohnstadt gemacht hat, ist es wichtig, dass sich die Stadt weiterentwickeln kann. Dafür braucht es Entschlossenheit, Mut und Gestaltungswillen. Zusätzlich zu den Aufgaben, Winterthur gemeinsam mit der Bevölkerung, dem Stadtrat und dem Parlament zu gestalten sowie die Stadt zu führen – im Wissen darum, auch einmal unpopuläre Entscheide fällen und vertreten zu müssen - reizt mich insbesondere eine weitere Aufgabe am präsidialen Amt: Das Stadtpräsidium ist die Stimme der Stadt nach aussen. Mit mir können die Stimmberechtigten eine Stadtpräsidentin wählen, die Winterthur ein modernes, soziales, ökologisches, zukunftsgerichtetes und urbanes Gesicht verleiht.



Die Wählerinnen und Wähler dürfen mehr erwarten

Reto Diener (es gilt das gesprochene Wort)

Erwarten Sie mehr? Unsere herausfordernde Frage an die Wählerinnen und Wähler. Es wurde von den Stadtratskandidierenden vielfältig dargelegt: Wer mehr erwartet, für diese Stadt, für seine Bevölkerung, für die Umwelt und für unsere Lebensqualität, der wählt Yvonne Beutler, Nicolas Galladé, Jürg Altwegg und Christa Meier in den Stadtrat sowie letztere auch ins Stadtpräsidium.

Wir haben genug von den Sachverwaltern der Notwendigkeiten, die sich meist darin gefallen nur gerade das zu tun, was auch finanzielle Rendite abwirft. Geld ist wichtig, und natürlich müssen wir damit verantwortungsvoll umgehen. Aber zur Verantwortung gehört auch, an die Zukunft zu denken. Das machen wir schliesslich bei Schulhausbauten und Schwimmbädern auch. Eine reine Renditebetrachtung würde nicht eines davon je zur Realisierung bringen. Dieser Ansatz genügt einfach nicht. Visionen nach vorne braucht das Land, beziehungsweise die Stadt. Wir brauchen eine Regierung, die voranzugehen bereit ist. Damit es sich auch morgen in dieser Stadt noch gut lebt, z.B. ohne Übermarchung beim Energie- und Ressourcenverbrauch und ohne die Überflutung unserer Stadträume mit endlosen Autokolonnen, und ganz sicher gemeinsam mit all jenen, die nicht so auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Solidarität ist gefordert und wird von unseren Kandidaten und Kandidatinnen auch umgesetzt, gegenüber der Natur und den Menschen, aber auch im Umgang mit den finanziellen Mitteln. Genau deshalb dürfen die Wählerinnen und Wähler mehr erwarten!